



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**

Newsletter Nr. 13 vom 30.6.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: PARTIZIPATION IN DER FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSPOLITIK

EDITORIAL

- Partizipationsverfahren und Ful: BBE Arbeitspapier Nr. 2
- Rübke/ Klein: Bedeutung der Forschungs- und Innovationspolitik
- Krull/ Brunotte: Empfehlungen des Hightech-Forums
- Ober: Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft
- Saretzki: Technikfolgenabschätzung und Hightech-Strategien

LÄNDER

- Zertifikatskurs Freiwilligenmanagement in Hessen
- Regionale Mittler für Unternehmenskooperation: Einsteigerworkshop
- Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2017
- Brückenpreis in Rheinland-Pfalz: Ausschreibung
- Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration: Gutachten

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Bündnis für Gemeinnützigkeit: Engagementpolitischer Reformbedarf
- Deutscher Kulturrat: Forderungen zur Bundestagswahl
- Transparency Deutschland: Kernforderungen zur Bundestagswahl
- Geue: Wirkungsorientierung als Chance begreifen

AKTUELLES AUS DEM BBE

- PatInnen, MentorInnen, LotsInnen für Integration: BBE Arbeitspapier Nr. 1
- Engagementpolitisches Frühstück
- 17. BBE-Mittagsgespräch
- 18. BBE-Mittagsgespräch
- Mitglied des Monats: IFOK

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Engagement und Digitalisierung: Fachkonferenz
- Gute Vereinsführung: Fortbildungen
- FAIRWANDLER-Preis 2017/18
- Sprengel: Bericht »In Vielfalt zusammen leben«
- »Politische Bildung im Alter«: Publikation
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: PARTIZIPATION IN DER FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSPOLITIK

EDITORIAL

Handlungsempfehlungen an die Politik für mehr und erfolgreiche Partizipation im Agenda-Setting der Forschungs- und Innovationspolitik sind das Thema dieser Ausgabe. Sie basieren auf einer Studie von PD Dr. Rudolf Speth, PD Dr. Ansgar Klein und Martin Burwitz, die durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurde. Forschungs- und Innovationspolitik bedarf heutzutage einer breiten Legitimationsbasis für ihre Entscheidungen. Vor allem die Exekutive reagiert hierauf mit einem Ausbau von Partizipationsverfahren. Wie kann Partizipation im Bereich der Forschungs- und Innovationspolitik sinnvoll ausgestaltet werden? Welche Voraussetzungen ergeben sich hieraus für die Politik wie auch für die Zivilgesellschaft? Transparenz, Infrastrukturen, klare Regeln für alle Beteiligten, die Bedeutung von Wissensplattformen und die Förderung einer inter- und transdisziplinären Zivilgesellschaftsforschung können einige zentrale Antworten sein. Die Empfehlungen wurden im Rahmen eines Workshops am 23. März 2017 in Berlin mit ExpertInnen diskutiert. Drei dieser ExpertInnen haben für diesen Newsletter einen Beitrag auf Basis ihrer Impulsreferate geschrieben. Die Debatte und Thesenpapiere dieses Workshops werden im Rahmen der Studie dokumentiert.

Wir freuen uns auf weitere Diskussionen.

PD Dr. Ansgar Klein, PD Dr. Rudolf Speth, Martin Burwitz

[nach oben](#)

Partizipationsverfahren und Ful : BBE Arbeitspapier Nr. 2

»Partizipationsverfahren im Rahmen des Agenda-Settings in der Forschungs- und Innovationspolitik« ist das Thema des Arbeitspapiers Nr. 2 des BBE. Es enthält die gleichlautende Studie von PD Dr. Rudolf Speth, PD Dr. Ansgar Klein und Martin Burwitz, die im Kontext des Hightech Forums der Bundesregierung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) entstanden und Gegenstand dieses Schwerpunkts ist. Dokumentiert wird im Arbeitspapier zugleich der Workshop des BBE vom 23. März 2017, in dem die Empfehlungen aus der Studie diskutiert wurden. Die Publikation steht ab sofort als kostenloser Download zur Verfügung.

[Arbeitspapier Nr. 2 des BBE](#) (PDF, 1,82 MB)

[Weitere Informationen zur Online-Reihe »Arbeitspapiere« des BBE](#)

Röbke/ Klein: Bedeutung der Forschungs- und Innovationspolitik

Die gewachsene Bedeutung der Forschungs- und Innovationspolitik und die Rollen der Zivilgesellschaft in diesem Politikfeld sind Themen des Beitrages von Dr. Thomas Röbke, Vorsitzender des BBE-SprecherInnenrates, und PD Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE. Sie begründen, warum Zivilgesellschaft neben Wissenschaft und Wirtschaft zu beteiligen ist, und skizzieren exemplarisch thematische Herausforderungen in einzelnen Forschungs- und Innovationsfeldern. Ebenso behandeln sie die Frage, wie Zivilgesellschaft aktuell beteiligt wird bzw. künftig beteiligt werden sollte. Dafür sind auch Ressourcen notwendig, denn: »Es reicht nicht aus, Forschungs- und Innovationspolitik für zentrale Weichenstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft auf technischer Basis der Machbarkeit oder Verwertbarkeit zu treffen.«

[Beitrag von Dr. Thomas Röbke und PD Dr. Ansgar Klein](#) (PDF, 215 kB)

Krull/ Brunotte: Empfehlungen des Hightech-Forums

Die Empfehlungen des Hightech-Forums zum Agenda-Setting in der Forschungsförderung sind Thema des Beitrages von Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär der VolkswagenStiftung und Sprecher des Fachforums »Partizipation und Transparenz« im Hightech-Forum, sowie Dr. Thomas Brunotte, Referent des Generalsekretärs bei der VolkswagenStiftung. In acht Thesen diskutieren sie, wo es Möglichkeiten zur Beteiligung in solchen nicht selten hochkomplexen Prozessen gibt, die überwiegend von ExpertInnen getragen werden. Ebenso diskutieren sie, wie solche Beteiligungsmöglichkeiten eingeräumt, durchgeführt und fruchtbar umgesetzt werden können. Von Anfang an sollte daran gedacht werden, diese Beteiligung als ein lernendes System aufzubauen, das sich durch Evaluation stetig verbessert: »Insgesamt wird ein solches auf vielen Perspektiven und Expertisen aufbauendes System, das darüber hinaus auch bereit ist, sich selbst auf den Prüfstein zu stellen und kritisch zu hinterfragen, einem auf wenige Entscheidungsträger begrenzten - und womöglich durch einige wenige Einflussgruppen gesteuertem - Beratungs- und Entscheidungsverfahren deutlich überlegen sein.«

[Beitrag von Dr. Wilhelm Krull und Dr. Thomas Brunotte](#) (PDF, 197 kB)

Ober: Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft

Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft ist Thema des Beitrages von Dr. Steffi Ober, Initiatorin und Leiterin des Projektes Forschungswende. Orientierung

für diese Partizipation sollte der Übergang von der »Scientific Literacy« zur »Transformativen Literacy« sein. Es ist nicht ausreichend, aus der Wissenschaft Informationen zu senden, sondern Kommunikation muss so aufgebaut werden, dass sie auf Resonanz stößt. Im Kontext einer transformativen Wissenschaft verortet Ober auch die Funktionen und möglichen Rollen von BürgerInnen und Zivilgesellschaft. Es geht dann auch um Ko-Design, also um das gemeinsame Entwerfen von Forschungsfragen, um die Ko-Produktion (gemeinsame Produktion) und Ko-Kommunikation (gemeinsame Kommunikation) von Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die Plattform Forschungswende steht für diese Diskurse in der Zivilgesellschaft zur Verfügung. Initiiert von den Umweltverbänden, wirken derzeit auch die Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege, der Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen und das BBE bei dieser Plattform mit.

[Beitrag von Dr. Steffi Ober](#) (PDF, 188 kB)

[nach oben](#)

Saretzki: Technikfolgenabschätzung und Hightech-Strategien

Technikfolgenabschätzung und ihre Bedeutung für künftige Hightech-Strategien sind Thema des Beitrages von Univ.-Prof. Dr. Thomas Saretzki, Professor für Politische Theorie und Politikfeldanalyse am Institut für Politikwissenschaft/ Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana Universität Lüneburg. Er geht aus von einer Reflexion der Geschichte und Konzepte von »technology assessment«/ Technikfolgenabschätzung (TA). Dabei zeigt Saretzki je nach Aufgabenstellung, etwa im Rahmen einer Debatte um eine Hightech-Strategie, unterschiedliche Ansatzpunkte und mögliche Funktionen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement für TA auf. Entsprechend unterschiedlich sind dann auch die Verfahren und Strukturen, um Beteiligung zu ermöglichen.

[Beitrag von Univ.-Prof. Dr. Thomas Saretzki](#) (PDF, 177 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

Zertifikatskurs Freiwilligenmanagement in Hessen

Die Diakonie Hessen, die Ehrenamtsakademie der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und die LandesEhrenamtsagentur Hessen bieten 2017/2018 wieder einen Zertifikatskurs Freiwilligenmanagement an. In drei Modulen und einem Abschlusstag kann fundiertes Wissen zum systematischen und professionellen

Umgang mit Ehrenamtlichen erlernt und reflektiert werden. Die Fortbildung richtet sich an Personen, die mit Ehrenamtlichen arbeiten oder dies zukünftig vorhaben. Termine der drei Module: 7. bis 9. November 2017, 20. bis 22. Februar 2018 und 17. bis 19. April 2018 sowie ein Abschlusstermin am 4. Mai 2018. Die Kosten betragen inklusive Lehrgangsteilnahme, sämtlicher Materialien, Übernachtung und Vollpension am Lehrgangsort 800 Euro. Anmeldeschluss ist der 18. August 2017.

[Weitere Informationen zum Zertifikatskurs Freiwilligenmanagement](#) (PDF, 511 kB)

[nach oben](#)

Regionale Mittler für Unternehmenskooperation: Einsteigerworkshop

Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und andere Netzwerk-Organisationen - so genannte Mittlerorganisationen - beraten und informieren über die Chancen und Möglichkeiten von neuen Engagementpartnerschaften und organisieren Begegnungen zwischen Unternehmen, Staat und Gemeinnützigen. Am 26. September 2017 laden die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen/-zentren und Koordinierungszentren bürgerschaftlichen Engagements in Bayern (lagfa bayern) und UPJ, das Netzwerk engagierter Unternehmen und gemeinnütziger Mittlerorganisationen in Deutschland, ein zum »Einsteigerworkshop für potentielle regionale Mittler für Corporate Citizenship und Unternehmenskooperationen« in Nürnberg. Auf der Veranstaltung sollen exemplarisch Geschäftsmodelle von Mittlerorganisationen vorgestellt, über mögliche Strukturen, Handlungsfelder und Kompetenzen von MittlerInnen informiert und erste Vorgehensweisen präsentiert werden. Ein Teilnahmebeitrag wird nicht erhoben. Anmeldefrist ist der 15. September 2017.

[Weitere Informationen zum Einsteigerworkshop](#)

[nach oben](#)

Sächsischer Förderpreis für Demokratie 2017

Bis zum 20. August 2017 können sich Projekte, Initiativen und Kommunen mit ihrem Engagement für Menschenrechte, für den Schutz von Minderheiten und mehr Demokratie vor Ort für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie 2017 bewerben. Gesucht werden Projekte, Initiativen und Kommunen in und für Sachsen, die mehr Beteiligung und Inklusion, eine aktive Gedenkkultur, Mitmenschlichkeit und Solidarität fördern oder sich in ihrer Region gegen Rechtsextremismus und/ oder andere Formen von Hass und Menschenfeindlichkeit stark machen. Die Preisverleihung findet am 6. November 2017 in der Staatsoperette im Kraftwerk Dresden-Mitte statt. Der Sächsische Förderpreis für Demokratie 2017 wird ausgelobt von der Amadeu Antonio Stiftung, der Cellex-Stiftung, der Dirk-Oelbermann-Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung.

[Weitere Informationen zum Sächsischen Förderpreis für Demokratie](#)

[nach oben](#)

Brückenpreis in Rheinland-Pfalz: Ausschreibung

Mit dem Preis »Engagement leben, Brücken bauen, Integration stärken in Zivilgesellschaft und Kommunen in Rheinland-Pfalz« sollen Projekte und Organisationen in Rheinland-Pfalz geehrt werden, die mit ihrem Engagement das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, die Begegnung und den Dialog von Jung und Alt, das Zusammenleben mit europäischen Nachbarn sowie die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe fördern. Kommunen werden mit dem Preis für Bemühungen im Bereich der kommunalen Engagement- und Beteiligungsförderung ausgezeichnet. Bewerbungen und Vorschläge für den Brückenpreis können bis zum 1. September 2017 eingereicht werden.

[Weitere Informationen zum Brückenpreis 2017](#)

[nach oben](#)

Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration: Gutachten

Das Gutachten »Erfolgsfaktoren der kommunalen Integration von Geflüchteten« von Frank Gesemann und Roland Roth, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), beschäftigt sich insbesondere mit den Fragen, wie weit die Integration aus Sicht der kommunalen Verwaltung gelungen ist und welche Erfolgsfaktoren entscheidend für lokale Integrationsprozesse sind. Im Zentrum der Expertise stehen zwei Kommunalbefragungen Anfang und Ende 2016. Demnach haben Städte, Landkreise und Gemeinden die mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten verbundenen Aufgaben und Herausforderungen nach eigener Einschätzung bisher sehr gut oder gut gemeistert. Zu den zentralen Bedarfen gehören eine bessere Koordination der Flüchtlingspolitik zwischen den staatlichen Ebenen, eine verbesserte Erstattung der kommunalen Kosten sowie der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen.

[Gutachten](#) (PDF, 808 kB)

[Weitere Informationen zum Gutachten und Videobeitrag von Roland Roth](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Bündnis für Gemeinnützigkeit: Engagementpolitischer Reformbedarf

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit hat am 12. Juni 2017 engagementpolitische Reformbedarfe publiziert. Gefordert werden nachhaltige Infrastrukturen für Engagement und Partizipation, ein Vollausschuss »bürgerschaftliches Engagement« des Deutschen Bundestages und eine ressortübergreifende Koordinierung der Engagementpolitik. Des Weiteren werden Reformbedarfe für die Bereiche Gemeinnützigkeitsrecht, Umsatzsteuerrecht, Haushaltsrecht, Stiftungsrecht und Europäisches Gemeinschaftsrecht formuliert. Getragen wird das Bündnis für Gemeinnützigkeit von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der BAGSO - Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, dem Bundesverband Deutscher Stiftungen, dem Deutschen Bundesjugendring, dem Deutschen Kulturrat, dem Deutschen Naturschutzring, dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Deutschen Spendenrat, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und VENRO - Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen

[Engagementpolitischer Reformbedarf](#) (PDF, 195 kB)

[nach oben](#)

Deutscher Kulturrat: Forderungen zur Bundestagswahl

Am 23. Juni 2017 hat der Deutsche Kulturrat Forderungen an die Politik für die Wahlperiode 2017 bis 2021 veröffentlicht. Die Spannweite reicht von der Arbeits- und Sozialpolitik über Urheberrecht bis zu einer Stärkung der Bundeskulturpolitik. Ebenso geht es um kulturelle Integration, Digitalisierung, kulturelle Bildung, Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und internationale Themen, jeweils auf Kunst- und Kulturhorizonte bezogen. Ausdrücklich formuliert der Deutsche Kulturrat dabei, dass seine Arbeit »Ausdruck des zivilgesellschaftlichen Engagements für Kunst und Kultur« ist. Diese gründet in Vereinen, in denen Menschen selbst künstlerisch aktiv sind, in Fördervereinen und Stiftungen, in Berufsverbänden, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Die Wirkung geht über die Verantwortung für Kunst und Kultur, interkulturelle Begegnung und kulturelle Integration hinaus: »Bürgerschaftliches Engagement ist Ausdruck der Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger und damit ein lebendiger Teil der Demokratie. Eine starke Zivilgesellschaft stärkt die Demokratie.«

[Forderungen zur Bundestagswahl des Deutschen Kulturrats](#)

[nach oben](#)

Transparency Deutschland: Kernforderungen zur Bundestagswahl

Am 20. Juni 2017 publizierte Transparency Deutschland zur Bundestagswahl 18 Kernforderungen zu den Themen Lobbyismus, Unternehmensverantwortung, Hinweisgeberschutz, Transparenzgesetze und Bankenaufsicht. Kritisiert wird zum Beispiel der fehlende arbeitsrechtliche Hinweisgeberschutz und die Rückständigkeit Deutschlands in Sachen Informationsfreiheitsgesetz. Eine wirksamere Bankenaufsicht, stärkere Regulierung von Lobbyismus und ein Unternehmensstrafrecht zur Korruptionsbekämpfung gehören zu den weiteren Forderungen: »Eine glaubwürdige Korruptionsbekämpfung muss zentraler Bestandteil deutscher Politik werden«, sagt Edda Müller, Vorsitzende von Transparency Deutschland.

[Kernforderungen zur Bundestagswahl](#)

[nach oben](#)

Geue: Wirkungsorientierung als Chance begreifen

Wirkungsorientierung als Chance für die Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement ist Thema des Beitrages von Dr. Heiko Geue, Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 - Zentralabteilung, Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er grenzt Wirkungsorientierung deutlich von ökonomisierender Wirkungsmessung ab und unterstreicht die strategische Partnerschaft zwischen dem Bundesengagementministerium BMFSFJ und Phineo. Der Beitrag beruht auf seinem Input zum 12. Forum Bürgergesellschaft der Stiftung Bürger für Bürger am 5./6. Mai 2017 im Schloss Diedersdorf bei Berlin im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2020. Das Forum behandelte das Thema: »Wirkungsorientierung: Eine neue Haltung für das Gemeinwohl oder ein Gegensatz zur Freiwilligkeit?«

[Beitrag von MD Dr. Heiko Geue](#) (PDF, 161 kB)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

PatInnen, MentorInnen, LotsInnen für Integration: BBE Arbeitspapier Nr. 1

In Deutschland existiert eine große Vielzahl und Vielfalt von PatInnen-, MentorInnen- und LotsInnenprojekten, in deren Rahmen freiwillig und ehrenamtlich Engagierte die gesellschaftliche Teilhabe und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

fördern. Im Arbeitspapier Nr. 1 des BBE, verfasst von Susanne Huth, INBAS-Sozialforschung GmbH, unter dem Titel »PatInnen, MentorInnen, LotsInnen für Integration - Akteure, Konzepte, Perspektiven« werden zentrale Themen und Diskussionspunkte der wissenschaftlichen und fachpolitischen Debatte zusammengeführt. Es bietet einen Überblick über relevante Programme und -projekte insbesondere mit Blick auf die Integration geflüchteter Menschen. Bei dem Arbeitspapier handelt es sich um eine Expertise, mit der Susanne Huth einen Beitrag zu dem Projekt »PatInnen, MentorInnen und LotsInnen für die Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen« leistet, das das BBE als Träger im Programm »Menschen stärken Menschen« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchführt.

[Arbeitspapier Nr. 1 des BBE](#) (PDF, 921 kB)

[Weitere Informationen zur Online-Reihe »Arbeitspapiere« des BBE](#)

[Weitere Informationen zum BBE-Projekt](#)

[nach oben](#)

Engagementpolitisches Frühstück

Im Vorfeld seiner zweitägigen Sommerklausur begrüßte der BBE-SprecherInnenrat den Vorsitzenden Willi Brase und die Obbleute der Fraktionen des Unterausschusses »Bürgerschaftliches Engagement« des Deutschen Bundestages - Ingrid Pahlmann (CDU/CSU), Svenja Stadler (SPD), Dr. Rosemarie Hein (Die Linke) und Kordula Schulz-Asche (Die Grünen) - zu einem letzten »engagementpolitisches Frühstück« in der auslaufenden Legislaturperiode. Übereinstimmung herrschte bei der Auffassung, dass die Themen des Engagements im nächsten Bundestag in einem Hauptausschuss diskutiert werden sollten. Der BBE-SprecherInnenrat erläuterte die engagementpolitischen Empfehlungen des BBE.

[nach oben](#)

17. BBE-Mittagsgespräch

Gäste aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft kamen am 20. Juni 2017 zum BBE-Mittagsgespräch mit dem Titel »Elternbeteiligung - ernst gemeint? Zwischen Recht und Realität« in der BP-Repräsentanz am Berliner Gendarmenmarkt zusammen. Diskutiert wurden Zugänge und Herausforderungen einer Beteiligung von Eltern mit Einwanderungsgeschichte im deutschen Bildungssystem und die Frage, wie Barrieren für Teilhabemöglichkeiten abgebaut werden können, die sich auch in den Bildungschancen der Kinder widerspiegeln. Eingeleitet wurde das Gespräch durch Impulsreferate von Prof. Dr. Heiner Barz, Heinrich Heine Universität Düsseldorf, und Dr. Britta Klopsch, Universität Heidelberg, über aktuelle Forschungsergebnisse zu Herausforderungen, Optimierungsbedarfen und

Handlungsempfehlungen. Mamad Mohamad, Geschäftsführer des Landesnetzwerks Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V., verwies in seinem Kommentar aus Sicht der MigrantInnenselbstorganisationen auf deren Unterstützungsleistung zur Stärkung der Elternbeteiligung und den Bedarf nach langfristiger Kooperation. Die darauf folgende Diskussion, moderiert von Brigitta Wortmann, BP Europa SE, beschäftigte sich mit der Frage, wie strukturell Teilhabechancen verbessert werden können. Hier setzt das Vorhaben der Gründung eines Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) an. Beteiligte an dem Netzwerk migrantischer Elterninitiativen und -organisationen gaben Einblick in ihre Aktivitäten und luden zur Mitarbeit, Begleitung und Unterstützung ein.

[Weitere Informationen zum bbt](#)

[nach oben](#)

18. BBE-Mittagsgespräch

In der Hauptstadtrepräsentanz von BP Europa SE befasste sich das 18. BBE-Mittagsgespräch am 26. Juni 2017 mit den Veränderungen im Pflegebereich und den Auswirkungen auf das Engagement im Zuge des dritten Pflegestärkungsgesetzes. Zu Beginn der Veranstaltung brachte Peter Schmeiduch, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, in einem Impulsreferat die Perspektive der Bundesländer ein, die mit der Umsetzung der Pflegestärkungsgesetze betraut sind. Dr. Heide Mertens, Bundesverband der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschland, ging anschließend in ihrem Kommentar auf haushaltsbezogene Dienstleistungen und gleichstellungspolitische Aspekte im Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen und Engagierten ein. In einer kontroversen Diskussion, moderiert von Dr. Lilian Schwalb, BBE, tauschten sich die eingeladenen Gäste intensiv über das facettenreiche Thema aus. Das BBE-Mittagsgespräch ist ein regelmäßig stattfindendes Veranstaltungsformat, welches aktuelle, engagementrelevante Themen im vertraulichen Rahmen eines kleinen, multisektoral geladenen Personenkreises diskutiert.

[nach oben](#)

Mitglied des Monats: IFOK

Nur gemeinsam können wir gute Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen wie Digitalisierung, Klimawandel oder Gesundheit finden. Davon ist IFOK überzeugt. Daher setzt das Unternehmen auf Bürgerbeteiligung, Fachexpertise und gemeinsamen Dialog, um ganz unterschiedliche nachhaltige Projekte umzusetzen. In den vergangenen Jahren hat sich IFOK u.a. bei der Konzeption und Umsetzung der Digitalisierungsstrategie open.NRW, bei der Durchführung der bundesweiten Regionaldialoge »Pflege stärken« und bei der Erstellung und Begleitung von Nachhaltigkeitsstrategien in vielen Bundesländern

engagiert. Anfang 2017 hat die IFOK GmbH zudem das Bürgernetzwerk ins Leben gerufen, das BürgerInnen auf regionalen Veranstaltungen und einer Online-Plattform dazu einlädt, mitzudenken, mitzureden und mitzumachen. Ziel ist es, neue Dialog- und Beteiligungsprozesse anzustoßen. Neben der Organisation und Durchführung von Beteiligungsprozessen gehören Stakeholderdialoge, Change Management-Prozesse und strategische Beratung zur Expertise von IFOK. So gestaltet das Unternehmen seit 1995 an verschiedenen Standorten in Deutschland Veränderungsprozesse in Gesellschaft, Politik und Unternehmen.

[Weitere Informationen zu IFOK](#)

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Engagement und Digitalisierung: Fachkonferenz

Mit der Digitalisierung wandelt sich auch das zivilgesellschaftliche Engagement. Digitale Anwendungen helfen, Engagement besser zu vernetzen, den Informationsfluss zu erhöhen, Freiwillige besser zu erreichen und finanzielle Ressourcen zu generieren. Zudem ermöglichen sie neue Formen von digitaler Beteiligung und Engagement. Die Fachkonferenz »Zivilgesellschaftliches Engagement im digitalen Zeitalter: Trends, Chancen und Herausforderungen« der Akademie Management und Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung am 29. September 2017 in Bonn beschäftigt sich damit, wie sich Digitalisierung auf die Zivilgesellschaft und deren Engagement auswirkt. In Diskussionsrunden und Praxiscafés mit ExpertInnen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen sollen Fragen rund um das Thema beleuchtet und Ideen und Beispiele gezeigt werden, die die Teilnehmenden auf die Arbeit übertragen können.

[Weitere Informationen zur Fachkonferenz](#)

[nach oben](#)

Gute Vereinsführung: Fortbildungen

VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.) bietet nach der Sommerpause zwei Fortbildungen zum Thema Vereinsführung an: Am 8. September 2017 findet die Fortbildung »Gute Vereinsführung: Zusammenspiel von Vorstand und Geschäftsführung« in Hannover statt. Die Fortbildung richtet sich an Vorstände und Geschäftsführende entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisation (NRO), die mehr als 15 Mitarbeitende beschäftigen oder einen Jahresumsatz von über 3

Millionen Euro haben. Eine weitere Fortbildung zum Thema »Gute Vereinsführung in kleinen NRO: Vereinsstrukturen und Führungsaufgaben« findet am 15. September 2017 in Stuttgart statt. Diese Fortbildung richtet sich an Vorstände und Geschäftsführende entwicklungspolitischer NRO, die weniger als 15 Mitarbeitende beschäftigen. Anmeldeschluss ist der 25. und 30. August 2017. Beide Veranstaltungen sind kostenfrei.

[Weitere Informationen zur Fortbildung in Hannover](#) (PDF, 360kB)

[Weitere Informationen zur Fortbildung in Stuttgart](#) (PDF, 257 kB)

[nach oben](#)

FAIRWANDLER-Preis 2017/18

Noch bis zum 31. Juli 2017 können sich junge engagierte Menschen wieder für den FAIRWANDLER-Preis bewerben. Die bundesweite Ausschreibung richtet sich an 18-32-jährige RückkehrerInnen, die einen längeren Zeitraum (z. B. Freiwilligendienst) im Globalen Süden waren und sich nun in Deutschland mit einer eigenen Initiative entwicklungspolitisch engagieren. Der von der Karl Kübel Stiftung initiierte Preis wurde im vergangenen Jahr zum ersten Mal verliehen. Er umfasst eine finanzielle Förderung in Höhe von 2.500 Euro sowie individuelle Unterstützungsangebote durch Vernetzung mit ehrenamtlichen ExpertInnen und fachliches Coaching. Die Auszeichnung wird in mehreren Kategorien vergeben: Entwicklungspolitische Bildung, Journalismus, Künstlerisches Engagement, Social Entrepreneurship und Interkulturelles Zusammenleben. Die Preisverleihung findet am 20. Februar 2018 in Frankfurt am Main statt.

[Weitere Informationen zum FAIRWANDLER-Preis](#)

[nach oben](#)

Sprengel: Bericht »In Vielfalt zusammen leben«

Am 20. Juni 2017 fand das Abendgespräch »In Vielfalt zusammen leben«, veranstaltet von der Stiftung Bürger für Bürger in Kooperation mit der DAIMLER AG, im Rahmen der Gesprächsreihe Bürgergesellschaft 2020 in Berlin statt. Die Verantwortung von Unternehmen, Politik und Bürgergesellschaft für ein vielfältiges Zusammenleben in Deutschland war Gegenstand des Abendgesprächs: Welche Strategien müssen gemeinsam entwickelt werden? Wird ein neues Leitbild für das gelingende Zusammenleben in der vielfältigen Einwanderungsgesellschaft benötigt? Wer übernimmt welche Verantwortung für den Zugang zu Bildung, Ausbildung und zum Arbeitsmarkt? Über Inhalte und Ablauf der Tagung berichtet Dr. Rainer Sprengel, Leiter des Arbeitsbereichs Information und Kommunikation des BBE.

[Bericht zum Abendgespräch von Dr. Rainer Sprengel](#) (832 kB)

»Politische Bildung im Alter«: Publikation

Die Studie »Politische Bildung im Alter« von Eike Hennig u. a. untersucht die biografischen und sozialen Verankerungen einer Gruppe von Menschen zwischen 60 und 81 Jahren. Grundlage hierfür bilden 28 qualitative Interviews. Befragt wurden die InterviewpartnerInnen u. a. zur politischen Orientierung, zur Parteibindung oder zum Wahlverhalten. Hieraus wurde eine Typologie politischen Verhaltens entwickelt und wurden verschiedene Typen identifiziert: »Nachdenker«, »kritisch Engagierte«, »Selbstverwirklicher« und »Gestalter«.

[Weitere Informationen zur Publikation »Politische Bildung im Alter«](#)

Stellenausschreibungen

Die Tafel-Akademie gGmbH sucht für die Unterstützung der Geschäftsstelle in Berlin zum 1. September 2017 eine Auszubildende Kauffrau bzw. einen Auszubildenden Kaufmann für Büromanagement. Die Stelle ist zunächst auf drei Jahre befristet. Bewerbungsfrist ist der 30. Juni 2017.

Die Tafel-Akademie gGmbH sucht für die Unterstützung der Geschäftsstelle in Berlin zum 1. September 2017 eine Bürokoordination in Teilzeit (25-30h/ Woche an 5 Tagen in der Woche). Die Stelle ist zunächst auf zwei Jahre befristet mit der Option auf Verlängerung und Vollzeit. Bewerbungsfrist ist der 30. Juni 2017.

Die Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. sucht zum 1. August 2017 Unterstützung für ihr Koordinationsteam (14-16 Wochenstunden; Studentische Anstellung). Bewerbungsfrist ist der 19. Juli 2017, 20 Uhr. Die Bewerbungsgespräche finden ausschließlich im Zeitraum vom 28. bis 29. Juli 2017 statt.

Die Servicestelle Jugendbeteiligung e. V. sucht für ihren thematischen Schwerpunkt Inklusion, insbesondere für das Projekt JAM! Jugendbeirat, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n ProjektmitarbeiterIn (15-17,5 Wochenstunden; Studentische Anstellung). Die Anstellung ist vorerst bis zum 31. August 2017 befristet, die Projektfortsetzung und somit auch die weitere Beschäftigung ist sehr wahrscheinlich.

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) sucht für ein Projekt des IDA-NRW eine/n MitarbeiterIn für ein Projekt zur Unterstützung von MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit für und mit jungen Geflüchteten aus rassismuskritischer Perspektive. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31. Dezember 2017, eine Verlängerung wird angestrebt. Dienort ist Düsseldorf.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 13. Juli 2017.

Redaktionsschluss ist der 4. Juli 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

